

Sächsische Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 440.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Wochenpreis für Halle und Querfurt 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die halbjährige Zeitung erscheint wöchentlich 12 Mal. — Halle: Druckerei: Sächsische Druckerei (Hilf. Druckerei), 21. Unterhaltungsblatt (Sonntagsblatt), Bamberg, Mitteldeutsche.

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren für die halbjährige Zeitung oder deren Raum für Halle und den Landkreis 30 Pf., außerdem 20 Pf. Zustellung zum Schluss bei robotisierten Zellen die Seite 100 Pf. Abgabegebühren für die halbjährige Zeitung in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62, Telefon 155 u. 158; Redaktionstelefon 1272. Verantwortl.: Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Dienstag, 19. September 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30, Telefon Amt VI Nr. 16290. Druck und Verlag von Otto Zietz in Halle a. S.

In dem Attentat auf den russischen Ministerpräsidenten. Stolypin 7.

Auf Grund eines kleiner Telegramms teilt die „Hoffnung“ mit, daß ihr dortiger Korrespondent von dem Professor Klein, der unmittelbar aus dem Krankenzimmer des Ministerpräsidenten Stolypin kam, folgende Angaben über den Zustand des Ministerpräsidenten Stolypin erhalten habe:

„Die Nacht zum Montag war beunruhigend, der Schlaf schlecht, und häufige Schlußkrämpfe quälten den Kranken, die unerträgliche Schmerzen litt und zu mehreren Malen die Worte ausstieß: „Der Tod, der Tod schlägt mich!“ Nach der Entferrnung der Nadel trat Besserung ein; Stolypin zeigte sogar lebhaftere Aufmerksamkeit für die Vorgänge um sich her und interessierte sich für die Folgen seiner Verwundung. Eine bezügliche Besserung ihres subjektiven Befindens zeigen Verbundete häufig sofort nach einer Operation. Sie hatte es für ein günstiges Zeichen, daß die Temperatur normal ist, und seine Hoffnung auf den starken Organismus des Kranken. Da aber Schwunden stets zu unerwarteten Komplikationen führen können, so ist auch die Wunde des Ministerpräsidenten für gefährlich anzusehen.“

Wie das Blatt weiter mitteilt, ist die Stimmung in der Stadt nicht schön. Tag und Nacht gehen Patrouillen, da man gegen Juden gerichtete Vagabunden befürchtet.

Weitere Meldungen aus Petersburg belangen: Nach einem am Montag um 1 1/2 Uhr nachmittags in Wien aufgegebenen Telegramm veränderte sich der Zustand des Ministerpräsidenten Stolypin mit jeder Minute. Die Krankheit macht schnelle Fortschritte. Der Puls, der sich für kurze Zeit verlangsamt, übergeht die zuletzt gemeldete Höhe von 140. Die Temperatur beträgt 35. Die von den fünf Werten angewandten Mittel erweisen sich als wirkungslos. — Sodann meldet noch die „Wirkende Wochenschrift“ aus Wien, daß der Zustand des Ministerpräsidenten Stolypin am Montag nachmittag für fast hoffnungslos gehalten wurde. Das Herz ist dem Bluterguß nach Innen nicht gewachsen.

Die Verhandlungen werden fortgesetzt. Bisher wurden ungefähr 150 Personen, meist Bekannte Bagrows, unter ihnen viele Rechtsanwälte, festgenommen.

Bei Redaktionschluss läuft noch folgendes Telegramm ein:

Kiew, 18. September. Ministerpräsident Stolypin ist gegen 10 Uhr abends gestorben.

Die letzten Lebensstunden Stolypins waren sehr qualvoll. Seine Gattin wich nicht vom Krankenlager. Der Sterbende fragte des Ärtern, wie es den Kindern ginge. Die Frage des Nachfolgers Stolypins wird, wie aus Kiew gemeldet wird, viel ventiliert. Große Chancen hat Makarow, der frühere Gehilfe des Ministers. Auch Turanow wird viel genannt. Die Ernennung Sokolows zum Premierminister scheint jedoch gesichert. Es wird angenommen, daß Sokolow etwa zwei Monate Verweiser des Postens des Ministerpräsidenten bleiben wird.

Liberalen Zeigen für die Notwendigkeit der Sächsischen Grenzsperrung.

Trotzdem unsere Linksliberalen die nach ihrer Darstellung allein von der Viehzucht lebenden deutschen Bauern immer ihrer beiderseitigen Freundschaft versichern, streben sie doch fortgesetzt nach Beseitigung der veterinären Grenzsperrung. Als weißer Haube muß da ein Herr Dr. Vershofen, Reichstagskandidat der fortschrittlichen Volkspartei für Jena-Neudorf, erscheinen, der, nach dem „D. Ztg. W.“ am 1. September im „Thüringer Tagbl.“ folgende diesbezügliche Erklärung veröffentlicht hat:

„Wenn im Dezember etwa wieder der Ruf nach Öffnung der Grenzen erschallen wird, dann werden die Eingeweihten sich sagen müssen, daß dies Altruismusmittel ziemlich verfehlt wäre, ohne daß seine Befolgen, wie die Krankheitsübertragung an Mensch und Tier, deswegen geringer würden. Sogar kommt, daß eine solche Öffnung in mehr bedenklich erscheinen muß wegen des Krankheitsfalles, den sie schafft. Unzulässig könnte aus einer gelegentlichen Öffnung der Pforte nach einer flüchtigen Hervordrängen. Diese aber bedeutet für unsere mittlere und kleine und in Nordwest-Deutschland selbst für die größere Landwirtschaft eine unzulässige Schädigung, eine Schädigung, die um so mehr zu befürchten wäre, als die deutsche Produktion der richtigen Weiterentwicklung und verlässlicher Wirtschaftspolitik bequem im Stande sein würde,

den inländischen Bedarf selbst in schlechten Zeiten zu annehmbaren Preisen zu decken. Selbst dann noch, wenn in etwa 25 Jahren unsere Bevölkerungsdifferenz sich auf 80 Millionen erhöht haben sollte.“

Wir können diese Ausführungen des fortschrittlichen Reichstagskandidaten den Befürwortern einer temporären oder gar der dauernden Grenzöffnung nur zur Beachtung empfehlen. Herr Dr. Vershofen würde aber sicher in der fortschrittlichen Fraktionshülle schnell umlernen müssen, falls er mit Hilfe seiner, sei es aufrichtigen, sei es nur ad hoc zur Schau getragenen grenzsperr-freundlichen Gesinnung in der Reichstag gelangen sollte. Praktisch betätigen dürfte Dr. V. derartige Anschauungen in seiner Partei sicher nicht.

Wie verhängnisvoll jede Lockerung oder Laxe Handhabung der Grenzsperrung gegenüber verheerenden Ländern für die inländische Viehzucht sofort werden muß, dafür entnehmen wir dem über jeden Verdacht agrarischer Vereinigenheit erhabenen „Sammol. Cour.“ folgendes Zeugnis:

„Es ist in einwandfreier Weise festgestellt worden, daß die sowohl im Auslande wie in Ostpreußen so hart bestehende Maul- und Fußkrankheit tatsächlich aus Holland eingedrungen ist. In unaufrichtiger Weise treibt man die einschüchternen Tiere herdenweise an die Grenze und mischt sie unter die in der Nähe weidenden deutschen Schaffherden. Als bald fällt man die Schafe auf und verwendet sie dann nach allen Richtungen. Diese Vorgänge wiederholen sich wöchentlich mehrere Male. Bei der harten Verfechtung des Hollands (!) darf es somit nicht wundernehmen, wenn die gefährliche Seuche auch bei uns immer feister Fuß faßt.“

Wir brauchen also bringen eine Verjährung der Kontrollen an der Grenze, wenn wir uns in Zukunft vor solchen Einschleppungen verwehrenden Seuchen, die sie hier von Holland, im Nordosten von Ostpreußen einwandfrei festgestellt worden sind, und vor den ungeheuren damit verknüpften Verlusten und Schäden bewahren wollen. Wir statt dessen bei jeder Gelegenheit für völlige oder teilweise Aufhebung des Sächsischen Grenzschutzes und der Leichterung der ausländischen Vieheinfuhr eintritt, wie unsere Großstädtler, von der gehört zu den schlimmsten Feinden niemals zu den Freunden der deutschen Bauernschaft.

Deutsches Reich.

• Die Marokko-Verhandlungen. Staatssekretär von Riederlen-Wächter empfangt am Montag nachmittag den französischen Votschafter Cambon, um ihm die deutsche Antwort auf die französischen Vorschläge zu überreichen.

• Der Reichskanzler. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der Reichskanzler begab sich auf zwei Tage nach Hofenfinow.

• Das Befinden des Prinzregenten von Bayern. Wie aus Hohenwangau gemeldet wird, haben der plötzliche Witterungswechsel und der starke Temperaturrückgang das Befinden des Prinzregenten Luitpold insofern beeinflusst, als die rheumatischen Schmerzen wieder etwas stärker auftraten. Der Prinzregent hat sich deshalb auf Anraten der Ärzte entschlossen, dem Münchener Oktoberfest fernzubleiben und mit seiner Vertretung den Prinzen Ludwig zu betrauen.

• Niebermann von Sonnenberg 7. Der Reichstagsabgeordnete Niebermann v. Sonnenberg ist gestorben in einem Sanatorium in Schlattensee gestorben.

• Eine neue Viehschneise? Von der holländischen Grenze wird gemeldet, daß sich unter den Niederländern eine fremde Krankheit bemerkbar mache, wodurch Tiere plötzlich sterben; auch unter den Pferdebeständen sei diese Seuche ausgebrochen. Die Grenzbehörden treffen energische Vorkehrungsregeln, daß die Seuche nicht auf den holländischen Viehschneise übergehe. Und dabei verlangen gewisse Leute immer wieder die Öffnung der Grenzen!

• Arbeitsstunden im Steinbauwesen. Dem deutschen Steindruckgewerbe droht eine neue schwere Erschütterung durch Arbeitsstunden. Die zwischen Prinzpalis- und Gehlfenvertretern am 15. September zur Beilegung der zunächst in dem größten Druckort Leipzig ausgebrochenen Differenz gepflegten Verhandlungen sind gescheitert. Gegenüber der bisher vereinbarten neunstündigen täglichen, also wöchentlichen 54stündigen Arbeitszeit forderten die Gehlfenvertreter eine 57stündige wöchentliche Arbeitszeit an. Außerdem verlangten die Gehlfenvertreter eine Erhöhung des außerordentlichen Mindestlohnes für Augelernte um 10% Proz. und eine Erhöhung des Mindestlohnes für Leipzig um 18 Proz. Die Prinzpalisvertreter waren bereit, eine Erhöhung des Leipziger Mindestlohnes um 18 Proz. zu bewilligen. Diese Augelernte der Prinzpalis wurden aber von den Gehlfenvertretern zurückgewiesen, eine Einigung war nicht zu erzielen, die Verhandlungen mußten daher resultatlos abgebrochen werden.

Ausland.

Entlassung der Reservisten in Belgien.

Die Reservisten werden, wie die Brüsseler Abendblätter melden, am Mittwoch entlassen werden.

Versien.

Der Petersburger Telegraphen-Agentur wird unter dem 17. d. Ms. aus Warschau gemeldet: Heute wird hier die Ankunft der Postenabteilung erwartet. Es herrscht in Warschau große Unruhe; Handel und Einfuhr fließen, das Dorf Sababka ist geplündert und die Einwohnerhaft zum großen Teile niedergemetzelt worden.

Der Aufbruch in China.

Wie aus einem in Tschingking angekommenen Brief des britischen Konsuls in Tschingking vom 13. September hervorgeht, sind die Fremden dort alle wohl auf und unbelästigt. Innerhalb der Stadt fanden keine Kämpfe statt.

• Förderung des russischen Schiffbaues. Der russische Handelsminister hat bei der Duma einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Förderung des Baues russischer Schiffe bezweckt. Es werden von 75 Rubel für die Jahre des Gesamtbauminimales und von 135 Rubel für die indigene Flottenbau für eigene Schiffe vorgesehen, die auf russischen Werften und aus russischem Holzmaterial hergestellt sind, und eine Prämie von zwei Rubel für das Rub des zur Verwendung gekommenen Materials. Das Gesetz soll 15 Jahre in Kraft bleiben.

• Aus Finnland. Die Solingforscher veröffentlichen ein Telegramm des Generalgouverneurs an die Gouverneurin, worin er die den Korpskommandanten gegebene Vorschrift über ein militärisches Eingreifen im Falle von Unordnungen mitteilt. Trotz des Struktur der sozialistischen Organisationen vom 16. cr. und der Rettungsaufrufe haben am Sonntag Demonstrationen nicht stattgefunden. Sozialistische Versammlungen in Tammerfors und Helsinki haben einstimmig eine Protestresolution gegen die Eingliederung der beiden Kirchspiele des Gouvernements Wiborg angenommen. Die Polizei hat keinen Anlaß zum Eingreifen gehabt.

• Takt und die Schiedsgerichtsverträge. In einer am 16. cr. in Erie gehaltenen Rede erklärte Präsident Taft in Bezug auf die Schiedsgerichtsverträge, wenn der Senat es für gebührend halte, die Fortsetzung der amerikanischen Mitgliedschaft der gemischten Kommission dem Präsidenten allein zu überlassen, so könne dem Senat ja das Bestätigungsrecht gegeben werden. Er sei aber auch bereit, die gemischte Kommission ganz fallen zu lassen und die Entscheidung der Frage, ob eine Angelegenheit schiedsgerichtlich erledigt werden könne, einem Schiedsgerichtsfiskus zu übertragen. Die Fortsetzung der amerikanischen Mitgliedschaft der gemischten Kommission dem Präsidenten allein zu überlassen, so könne dem Senat ja das Bestätigungsrecht gegeben werden. Er sei aber auch bereit, die gemischte Kommission ganz fallen zu lassen und die Entscheidung der Frage, ob eine Angelegenheit schiedsgerichtlich erledigt werden könne, einem Schiedsgerichtsfiskus zu übertragen.

Die blutigen Straßenkrawalle in Wien.

Die Demonstrationen am Sonntag in Wien trugen einen ganz anderen Charakter als gewöhnlich. Die nächtlichen Krawalle der Döner; die Massen waren daher ganz auf sich und ihr Verantwortlichkeitsgefühl angewiesen. Man sah wohl zum Teil Männer im Demonstrationszuge, aber auch viele Frauen und sogar Kinder beteiligten sich an den Kundgebungen. Auf der Ringstraße, auf der Parlamentsrampe, vor dem Rathaus und vor dem Burgtheater war der Andrang am größten. Der Straßenhüter mußte eingestuft werden. Von den einzelnen Redner konnte man infolge der allgemeinen Unruhe nichts vernehmen, aber die Schlußsätze, die mit Hoch- und Hufeuten aufgenommen wurden, fanden auf der Ringstraße ein fürnehmliches Echo. Mitten in der Menge eingestreut fanden die Straßenbahnwagen. Einige Demonstranten hatten sogar die Dächer der Wagen erklimmet und bedrohten von dort aus Ringelreihen. Eine der Demonstranten trug eine rote Standarte. Nach Schluß der Versammlung am Rathausplatz wollte die Menge in die innere Stadt ziehen. In der Menge wurden hörende Aufseher, und es erglänzte schmale Wäpfe, Säbde wurden drohend geschwungen, und aus der Menge zog ein Viehring gegen einen Polizeier, der dort zu Pferde saß, aber von dem Gesicht nicht getroffen wurde. Auf dem Ring der Ringstraße wurde ein Wagen der Wiener Molkerei angehalten. Die Demonstranten schlugen mit Säbden nach dem Aufseher und rissen ihn vom Kopf. Die Säbde fielen herab. Der Aufseher stürzte nach dem Stadtpark, wohin die Menge ihm nachstellte. Auch vor dem Rathaus war es zu außerordentlichen Aushebungen gekommen. Wäpfe hieß es, daß aus den Fenstern des Rathauses auf die Demonstranten Steine geschleudert worden seien. Im nächsten Augenblick flogen Steine gegen die Barriere. Fenster des Rathauses, alle Fenster im Parkete und im Hochparterre wurden eingeschlagen. Nach diesen Sturzungen bog sich die Menge zum Gebäude des Verwaltungsgerichtsgebäude, wo ebenfalls ein Gericht vertrieben werden sei, daß aus einem Fenster auf die Menge geschossen worden sei. Im Wirklichkeit hatte man auf der Straße eine leichte Detonation gehört. Man schrie sich die Luft der undisciplinierter Menge gegen das Gebäude und seine Umgebung. Die Fenster gingen in Trümmer. Auch die Fenster der umliegenden Cafés und Geschäftshäuser wurden zertrümmert. Viele Laternen in den nächsten Straßen und auf dem Platz am Rathaus sind dem Bombensturm dem Menge zum Opfer gefallen. In der Gemüthsstimmung hinter dem Rathaus wurden die Fenster eines Milchkafes und eines anderen Cafés in Trümmer geschlagen. Hinter

